

Tagungen

Versammlung der Werkstätten Literatur der Arbeitswelt

1969 schrieben einige Mitglieder und Freunde der Gruppe 61 einen Reportagewettbewerb zum Thema Arbeitsalltag aus. 150 Einsendungen gingen ein. Aus ihnen entstand der Band „Ein Baukran stürzt um“, aber es entstanden auch zwölf Werkstätten für Literatur der Arbeitswelt, die im März 1970 ihr erstes gemeinsames Treffen in Köln veranstalteten. Sie beschlossen, sich zum *Werkkreis Literatur der Arbeitswelt*, Sitz Köln, zusammenzuschließen und einen neuen Wettbewerb „Wie ist mein Arbeitsplatz — wie könnte er sein?“ auszuschreiben. Auf diese Ausschreibung gingen bereits 250 Einsendungen ein, aus denen eine Jury 24 Preisträger auswählen konnte. Von diesen 24 prämierten Arbeiten sind 14 von Arbeitern, fünf von Angestellten, drei von Lehrlingen, eine von einem Werkstudenten und eine von einem Ersatzdienstleistenden.

Die Arbeiten waren nach ihrem kritischen Informationsgehalt ausgewählt worden, nicht nach literarischen Kriterien. Da der Werkkreis — hier der Gruppe 61 folgend — die Arbeitswelt ins Licht der Öffentlichkeit zu rücken wünscht, sollen die Texte kritisches Bewußtsein des Schreibenden widerspiegeln und Informationen über die Arbeitswelt geben. Diese beiden Kriterien gehören zum Beruf des Journalisten. Es ist deshalb nicht weiter erstaunlich, daß im Werkkreis Journalisten keine geringe Rolle spielen.

Kürzlich war in Mannheim die Halbjahresversammlung der Werkstätten, auf der sie sich organisatorisch eine festere Grundlage geben wollten. Statt wie bisher einen Sprecher (Dr. *Erasmus Schäfer*, Schriftsteller) bestellte man einen Sprecherrat, bestehend aus zwei Journalisten, zwei Arbeitern, einem Angestellten und einem Schriftsteller. Einer der beiden Journalisten (*Karl Bredtbauer*) wurde zum ersten Sprecher gewählt. Ferner beauftragte die Versammlung der Werkstätten einen Regisseur, eine Hausfrau, einen Arbeiter, einen Angestellten, zwei Journalisten und einen Krankenpfleger mit den Aufgaben Finanzgestaltung, Presse und Öffentlichkeitsarbeit, Gewerkschaftskontakte und Redaktion eines Informationsdienstes.

Auf der Versammlung stellten sich in einer öffentlichen Lesung einige der Preisträger vor. *Werner Krüger*, Monteur aus Wanne-Eickel schilderte in „Botlek-Story“ das Gebiet zwischen Hoek van Holland und Rotterdam, wo die großen Ölgesellschaften in „Europort“ aufwendige und schwierige Konstruktionen errichten und durch hohe Löhne und rasantes Arbeitstempo Goldgräbermentalität mit allem Zubehör züchten. *Florian Knobloch*, Industriearbeiter aus Düsseldorf, porträtierte einen Ar-

beiter, der kaum mehr arbeitsfähig, alles lobt und verteidigt, was mit ihm angestellt wird; „Glaubt mir Leute“, beteuert er immer wieder. Eine Sekretärin, die nicht genannt zu werden bat, da sie Entlassung befürchtete, gab eine böse Parodie eines Chefs und machte dessen Überflüssigkeit sichtbar. *Regina Körn*, Hausfrau und Heimarbeiterin aus Erkenschwick, beschrieb ihre Erlebnisse mit einer unmodern ausgestatteten Zulieferfirma, die ihren Profit nur durch Lohndrückerei und durch Vorenthalten von Zulagen usw. erzielt. *Manfred Bosch*, Ersatzdienstleistender aus München, stellte in „Soli Deo Gloria“ die haarsträubenden Verhältnisse in einem Altersheim dar; *Lisa Meinsen*, Industriearbeiterin aus Hamburg, beschrieb ihre Kämpfe als Arbeitsuchende usw.

Die Stärke der Texte lag in der Beschreibung der Mißstände und Unmenschlichkeiten, deren Überflüssigkeit deutlich gemacht wurde. Seltener gelang es den Autoren, gesellschaftsverändernde Vorschläge so einzuarbeiten, daß sie mit dem Geschehen verschmolzen. Dies gelang in einigen Nummern der Stuttgarter Zeitung *plakat*, die von Arbeitern von Daimler-Benz gemacht wurden. Für diese Arbeit erhielten sie einen Sonderpreis.

Die Mannheimer Werkstatt ist erst im Aufbau begriffen. Um ihr zu helfen, lasen am verkaufsoffenen Sonnabend einige Mitglieder der Werkstätten Berlin und Hamburg im Kaufhaus Karstadt. Kaufhauslesungen vertragen nur kurze Texte, das wußte schon *Heinrich Mann*, der z.B. einen Dreiminutenroman für einen solchen Zweck schrieb und ihn auch in einem Kaufhaus vortrug. So erregten die Songs, Aufrufe, Kurzberichte über das Mietenproblem, über einen Betriebsunfall, über aktuelle politische Fragen usw. die Aufmerksamkeit des Publikums, das naturgemäß nur kurze Zeit verweilte. Währenddessen befragte Karl Bredtbauer auf dem Paradeplatz jung und alt zu ähnlichen Themen: Streik, Lohnverhandlungen, konzertierte Aktion, Mietwucher usw. Die Arbeiter und Angestellten beiderlei Geschlechts äußerten sich erstaunlich freimütig und sicher ins Mikrofon und parierten dazu noch flott reaktionäre Zwischenrufe von Passanten meist älteren Jahrgangs.

Das Nationaltheater Mannheim gab eine Sondervorstellung mit „Eisenwischer“ des Schweizer Malergesellen *Heinz Henkel*; eine heute nicht mehr so seltene Diskussion mit dem Autor schloß sich an. „Ich habe selten so viele Mißverständnisse auf einmal gehört“, sagte ein französischer Student. Nicht einmal die Arbeiter waren zu bewegen, in diesem Stück einen Anfang zu sehen, auf dem es aufzubauen gilt. Das lag an der Inszenierung, die im zweiten Akt aus den beiden Anstreichern mit Hilfe von Kerosin und einem ausgefallenen Ventilator Clowns machte, die leidenden Menschen dagegen aussparte. So zertritt sich das Publikum, ganz gleich, ob Ar-

beiter, Student oder Bürgerlicher, hoffnungslos über die Frage: „Was nützt den Arbeitern das Theater?“ An diesem Nachmittag jedenfalls nur als Ort des Streites und der Mißverständnisse.

Auf der Tagung berichteten die Werkstätten über die Art ihrer Arbeit. Sie haben zwischen 15 und 30 Mitglieder, zu denen sich gewöhnlich ein ebenso großer Freundeskreis gesellt. Man kommt wöchentlich, alle 14 Tage oder alle vier Wochen zusammen, um die Texte der Mitglieder zu lesen und zu besprechen. Gewerkschaftshäuser und Volkshochschulen sind die Tagungsorte, zuweilen auch private örtlichkeiten. Die Arbeitsweise wird von den Mitarbeitern untereinander bestimmt. *Josef Lobberg*, Krankenpfleger, Mitglied der Kölner Werkstatt, die seit Oktober als Arbeitsgemeinschaft der Volkshochschule zusammenkommt, stellt das folgendermaßen dar:

„Die meisten, die neu zur Werkstatt kommen, haben vorher noch nie bewußt etwas zu schreiben versucht. Sie schauen sich die Sache erst einmal an. Wenn sie z. B. etwas zu Papier gebracht haben, wird das erst mal vorgelesen. Dann berät man gemeinsam, was daran besonders gelungen oder mißlungen ist. Und wem etwas dazu einfällt, der macht Verbesserungsvorschläge. Indem so der Text verbessert wird, verbessert sich zugleich bei dem Schreiber und bei den anderen in der Gruppe das Verständnis für die Probleme und Zusammenhänge. Ausgearbeitete Texte werden vervielfältigt und nochmals von allen gemeinsam Satz für Satz gelesen, sozusagen nachpoliert. . . Und was dann? Veröffentlichen wollen wir, was vom Inhalt her anderen Arbeitern — und nicht nur denen — etwas sagen kann. In Flugschriften oder auf Flugblättern, wo es direkt an den Mann kommt. Aber auch in Tages- oder Wochenzeitungen ist bereits einiges erschienen, in Gewerkschafts- und Betriebszeitungen noch mehr (was uns sehr wichtig ist!).“

Die Tagung nahm im ganzen einen positiven Verlauf. Es war nicht vorauszusehen, daß nach dem jahrelangen vorsichtigen und um Qualität bemühten Taktieren der Gruppe 61 es auf breitester Basis gelingen konnte, Arbeiter zum Schreiben anzuregen und dann noch Texte in solcher Fülle zu erhalten, die, wenn auch nicht literarischen Kriterien — die wollte man mit Recht nicht in den Vordergrund stellen — so doch journalistischen Ansprüchen genügen.

Der Arbeiter und Angestellte, die Hausfrau, der Lehrling, der Ersatzdienstleistende, der Student, sie alle sind Opfer einer schönfärbischen Gesellschaftsdarstellung und ihre realen Schicksale, ob individuell oder als Gruppe, werden im rosa Konsumdenken untergebuttert. Ihren Tag sichtbar zu machen, ihn wieder zusammenzufügen, Stück für Stück, ist eine Aufgabe, die jeder nur für seine eigene Person oder Gruppe erfüllen kann, nicht in überhöhter

literarischer Heldenpose, sondern im nüchternen Berichtsstil des Journalisten. Hier wird dem Wort, das in der bürgerlichen Literatur nur noch ein Schattendasein führt, seine reale und zupackende Würde wiedergegeben, weil es notwendig ist und kein Zierat, den ein Autor sich umhängt. Wenn es den Werkstätten gelingt, sich nicht verkonsumieren zu lassen, nicht jenem unersättlichen Bedürfnis dieser Gesellschaft nach Neuem zum Opfer zu fallen, dürfte aus dieser Bewegung etwas Fortschrittliches und zugleich Dauerhaftes entstehen und vielleicht von hier aus die bedrohliche theoretische Unbildung der Arbeiterschaft behoben werden.

Anne-Marie Fabian

Die 6. Linzer Tagung der Historiker der Arbeiterbewegung

Zum sechsten Mal trafen sich in Linz an der Donau die Historiker der Arbeiterbewegung, diesmal 96 Teilnehmer aus 17 Ländern. In ihrer Begrüßungsrede betonte *Dr. Hertha Firmberg*, Bundesministerin für Wissenschaft und Forschung, selbst Historikerin, die Bedeutung dieser Tagung, mit deren Anliegen sie sich persönlich solidarisierte.

Hatte sich die 5. Tagung mit der Arbeiterbewegung 1914 bei Ausbruch des I. Weltkrieges befaßt, so setzte die 6. die Chronologie fort: „Politik und Ziele der Arbeiterparteien im I. Weltkrieg“ war das erste Hauptthema, das eineinhalb Tage diskutiert wurde. „Die Historiographie der Pariser Kommune“ war das zweite Hauptthema. Beide waren durch das vorgelegte Material und die Beiträge in den Diskussionen von einer Aktualität, die die 100 Jahre und mehr als 50 Jahre Abstand von diesen Ereignissen kaum erwarten lassen. Die Pariser Kommune 1871 ist in diesem Sinn noch aktueller als der I. Weltkrieg, hat man doch in Paris während der Mai-Ereignisse die Losungen der Kommune wieder auferstehen lassen. Zwei Jahre später hat man in Frankreich Bedenken, sie durch umfassende Ausstellungen oder in anderer Weise zu feiern. Dabei gehört die Kommune zu den wirkungsvollsten und eindrucklichsten Ereignissen des 19. Jahrhunderts, nicht nur für Frankreich.

Die Massenbewegungen 1871 in Paris und im Gefolge des I. Weltkrieges 1917/18 bis 1920 werden in der heutigen Auseinandersetzung vor allem von der politisierten jungen Generation studiert. Das historische Material und die Erklärungen der Historiker werden zur Ausarbeitung der eigenen politischen Strategie und Taktik zur Erreichung der sozialistischen Ziele benutzt.

Prof. Matthias (Mannheim), *Susanne Miller* und *Hermann Weber* begründeten die Zustimmung der Reichstagsfraktion zu den Kriegskrediten am 4. August 1914 mit der „subjek-

tiv ehrlichen Überzeugung, daß der Krieg ein Verteidigungskrieg sei". Matthias und seine Kollegen stellten aber fest, daß die Partei in zunehmendem Maße in das gesellschaftliche und staatliche Leben der Nation integriert worden war. Es hatte auch Furcht vor Repressalien geherrscht, außerdem war es die antizwaristische Tradition, die in den ersten Entscheidungen die Fraktion zusammenhielt. Wie stark aber die Mehrheitssozialdemokratie von den imperialistischen Kriegszielen der herrschenden Klassen des deutschen Reiches beeinflußt war, wird in dem Material der sozialdemokratischen Historiker selbst nachgewiesen. Auch nach dem Sturz des Zarismus wurde die Reichsregierung in ihrer Kriegspolitik unterstützt und übte Stimmhaltung gegenüber dem Diktat der Generale bei den Friedensverhandlungen mit den Bolschewiki 1917 in Brest-Litowsk.

Zwar sei der deutschen Sozialdemokratie der imperialistische Charakter des Kriegs klar gewesen, schreibt Prof. Matthias in seinem Arbeitspapier, aber mit „Vertrauensseligkeit sei der Regierung geglaubt worden“. Trotz verbaler Erklärung gegen Annexionen fanden die Eroberungsziele der deutschen Imperialisten doch Unterstützung. Die Mehrheitssozialdemokratie war nach Matthias die „Gefangene des Burgfriedens“. Der Kampf der Gewerkschaften um ihre Anerkennung führte, nachdem sie sich zur Unterstützung des Krieges bereit erklärt hatten, zur Integration in die Kriegsmaschine. Sie fürchteten, wie Prof. *Feldmann* (Berkeley/USA) nachwies, den Verlust der „Errungenschaften“ und die „Versklavung“ Deutschlands, trotzdem ja Hunderttausende ihrer Mitglieder als Soldaten nicht nur „Errungenschaften“, sondern das Leben verloren.

Die Facharbeiter wurden gegen die Hilfsarbeiter ausgespielt und die Gewerkschaftsführung sah in der Anerkennung und Mitarbeit der formell intakt gebliebenen Organisationen, die Höhonorierung ihrer Ordnungsfunktion. Dabei ist damals die Zahl der Mitglieder von 250 000 auf unter 100 000 gesunken. Der gewerkschaftliche Einfluß war von größter Bedeutung auf die Entscheidungen der Partei, setzten die Gewerkschaften doch auch die positive Haltung der Mehrheitssozialisten zum Hilfsdienstgesetz vom Dezember 1916 durch (Matthias).

Entgegengesetzt war die Politik der Linken gegen die „Vaterlandsverteidiger“. In den November-Thesen (1914) *Liebknechts* hieß es, daß die Lebensinteressen des Proletariats in allen Ländern gleich und gemeinsam sind und alle Anstrengungen vereinigt werden müßten, um „die barbarische Menschenschlächtere so bald als möglich zu beenden und den kriegführenden Regierungen ihren gemeinsamen Friedenswillen aufzuzwingen“. In ihrem Dokument stellten die Historiker *Klein* (DDR, Akademie der Wissenschaften, Berlin) und *Kremer*

(Moskau) die linkssozialistischen Kräfte, die in anderen Ländern, so auch in Frankreich und England, im Gegensatz zu den Sozialdemokraten, gegen den Krieg Stellung nahmen, dar. Die Konzeption der Bolschewiki und die von *Lenin* ausgearbeitete Strategie gegen den Krieg entsprach den Konsequenzen der internationalen Beschlüsse von Stuttgart und Basel und führte im weiteren historischen Verlauf auch zum Sieg der Bolschewiki im Oktober 1917, der Partei, die den Krieg wirklich beendete.

Zusammenbruch der deutschen Monarchie und Kriegsende fielen in Deutschland zusammen und stützten damit den Einfluß der Mehrheitssozialdemokratie, obwohl sie vorher alles „zur Rettung des Reiches“ getan hatte. Die Entwicklung der revolutionären Massenbewegung in kriegführenden Ländern zeigte nach *Klein* und *Kremer*, daß andere Wege als den, den die rechten Sozialdemokraten eingeschlagen hatten, möglich gewesen wären. *Georges Haupt* warnte die Historiker vor der Vernachlässigung des Studiums der Vorgänge in den Massen selbst und der sich verändernden sozialen Lage. Die parlamentarischen Auseinandersetzungen würden überschätzt, trotzdem sie vom Druck der Massen beeinflußt worden sind. Teuerung und Hunger, zugleich Widerstand gegen den Krieg, führten schon 1916 zu Streiks und dann 1917 und 1918 zu den großen Streiks, die die Voraussetzung der weiteren revolutionären Entwicklung geworden sind.

Es waren die in Linz immer stark vertretenen Historiker der Balkanländer, die vor allem zur „Internationalisierung“ der Diskussion beitrugen. In diesen Ländern nahmen die Führungen der Arbeiterparteien, wie die Bolschewiki unter *Lenin*, gegen ihre eigene kriegführende herrschende Klasse Stellung. Unge-nügend aber kam in Linz die damalige Lage in Frankreich, England und Italien zum Ausdruck, obwohl zum ersten Mal zwei prominente italienische Historiker, *Ernesto Ragionieri* von Florenz und *Enzo Collotti* von der Universität Triest, anwesend waren.

Die Geschichtsschreibung der *Pariser Kommune* wurde in einem Papier und erläuternder Einführung von *Katherina Oukhow*, Antwerpen, Bibliothekarin an der Bibliotheque Royal in Brüssel, dargelegt. Wichtige bibliographische Materialien sind die Bibliographie der Pariser Kommune von *Del Bo* (1957) und die bisher leider nur in der französischen Zeitschrift *Le Mouvement Social* (1961) erschienene Bibliographie von *J. Rougerie* und *G. Haupt*, über die in Ost- und West-Europa von 1940 bis 1961 erschienene Literatur. Von den zeitgenössischen Quellen und Darstellungen sind die Wichtigsten in Neudruck vor kurzer Zeit in der *Edition d'histoire social* in Paris wieder erschienen. In deutscher Sprache ist auf den Neudruck des 1931 in Berlin erschienenen Sammelbandes von *Hermann Duncker* hinzuweisen (Verlag Neue Kritik 1969).

Das Bild der Pariser Kommune war mit der Entwicklung der internationalen Arbeiterbewegung und der jeweiligen Reaktion der herrschenden Klassen starken Wandlungen unterworfen. Den zeitgenössischen Schilderungen der Anhänger der Kommune wurde eine Schreckens- und Greueliteratur von populären katholischen Heftchen bis zu umfangreichen „historischen“ Werken gegenübergestellt. Die Kommune hatte ein gewaltiges Echo in den anderen Ländern gefunden und die Stellungnahme zu ihr gehörte zum Emanzipationsprozeß der Arbeiter gegenüber der herrschenden Klasse und ihrer Ideologie. Die Adresse der Internationale über die Ereignisse in Paris 1871, die *Karl Marx* verfaßt hatte und die unter dem Titel „Der Bürgerkrieg in Frankreich“ zu seinen bedeutendsten historischen Schriften gehört, war sowohl die Grundlage der theoretischen wie aber auch der politisch agitatorischen Auswertung der Kommune für die kommenden Jahrzehnte. Sie ist es bis heute geblieben.

Ragionieri wies nach, daß in Italien im Gegensatz zu den anderen Ländern, in denen die I. Internationale schon Anhänger hatte, die bakunistisch-anarchistische Tradition, die ebenfalls in der Kommune verwurzelt ist, das Bild der Kommune jahrzehntelang prägte. Die Kommune hat in Italien Auswirkungen, die sich bis in die revolutionäre Gemeindepolitik verfolgen läßt. Unter dem Bürgertum aller Länder erweckte die Kommune Revolutionsfurcht, da die Pariser Arbeiter zum ersten Mal die Möglichkeit eines Sieges der Revolution demonstriert hatten. Hatte die Arbeiterbewegung immer wieder die französische Revolution und 1848 zu ihrer Tradition und Legitimierung ihres Kampfes beansprucht, so trat an die Stelle dieser beiden bürgerlichen Revolutionen nun die eigene revolutionäre Tradition, die der Pariser Kommune. Aus den März-Feiern zur Erinnerung an 1848 wurden März-Feiern zum 18. März, dem Tag der Proklamation der Kommune. Seit der Kommune sind Räte (Sowjets), sind Selbstverwaltung und alle damit zusammenhängenden Probleme einer Massendemokratie ohne Kapitalherrschaft zu einem der wichtigsten Probleme in der Auseinandersetzung in der Arbeiterbewegung geworden.

Die bürgerliche Geschichtsschreibung betrachtete die Kommune im besten Fall als „Tragödie“ und versucht mit ihr bis heute noch den Nachweis der Unmöglichkeit einer proletarischen Revolution und des Sozialismus zu erbringen. Demgegenüber steht die engagierte Darstellung der Kommune, die die Kommune zu einer mobilisierenden Legende gemacht hat und die Revolutionsmöglichkeit beweisen will. So wirken Schock und Trauma selbst in nüchternen Darstellungen hinein und in die Auswahl der Fakten und die Bedeutung die man ihnen beimißt.

Der Mitarbeiter des Instituts für Marxismus-Leninismus IML in Berlin (DDR), *Kundel*, gab im Zusammenhang mit der Darstellung des Einflusses von Marx und Engels auf die Geschichtsschreibung der Kommune einen Überblick über die neugeplante Marx-Engels-Gesamtausgabe. Diese wird, im Gegensatz zu den jetzt in 40 Bänden vorliegenden Werken von Marx und Engels, alle Schriften in den Originalsprachen (deutsch, englisch und französisch), alle Vorarbeiten, Entwürfe und sonstigen Materialien in zirka 120 Bänden als endgültige wissenschaftlich-kritische Ausgabe veröffentlichen.

Die Kommune-Diskussion, an der die Historiker aus Rumänien, Bulgarien, aus der Bundesrepublik, der DDR und Italien teilnahmen, zeigte ein hohes Niveau und bestärkte die „Linzer“ in dieser Weise ihre Zusammenkünfte für die Forschung fruchtbar zu machen. Zu kurz kam vielleicht die Problematik der Staatsfrage, die die Pariser Kommune gestellt hatte. Nicht unbeeinflußt von ihr, stellte *Engels* in seinem Werk „Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staates“ den vorübergehenden Charakter des Staates dar. Ausdrücklich auf die Pariser Kommune stützt sich Lenin in „Staat und Revolution“ mit seiner marxistisch begründeten These vom Absterben des Staates.

Für die Behandlung sowohl des 1. Weltkriegs wie auch der Kommune an der Linzer Konferenz gilt die Feststellung, daß auch an dieser Linzer Tagung Vorurteile unter den teilnehmenden Historikern abgebaut wurden und gegenseitige Anregungen gegeben wurden, die für die weitere Forschung wesentlich sind. Linz wird deshalb, das war der allgemeine Eindruck, in den kommenden Jahren noch weit mehr als bisher zur Erforschung und Darstellung der Geschichte der Arbeiterbewegung beitragen.

Vom 14. bis 18. September 1971 wird die 7. Linzer-Tagung mit den Themen „Massenbewegung und Räte-Bewegung 1917 bis 1920“ und „methodologische Probleme der sozialgeschichtlichen Forschung über die Revolution 1848/49“ stattfinden. Für 1972 ist die Historiographie über *Rosa Luxemburg* vorgesehen.

Im Zusammenhang mit der Tagung fand auch die Generalversammlung der die Linzer Konferenz tragenden Vereinigung statt. Dort konnte mit Befriedigung festgestellt werden, daß zahlreiche Institute in der BRD, in Österreich, vor allem in Skandinavien und in den sozialistischen Ländern dem Appell mit Beiträgen die Tagungen weiterhin zu ermöglichen, gefolgt sind. Die UNESCO hatte mit ihrer Subvention von 2000 Dollar die Bedingung einer zusätzlichen Selbstfinanzierung gestellt. Der Kassenbericht ergab die Deckung aller Unkosten und eine besondere österreichische Spende ermöglicht jetzt die Drucklegung der Protokolle aller Linzer Konferenzen.

Theodor Pinkus